

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**20.01.2022
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften mit W-LAN und Computerräumen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 4
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Leistungen nach dem LAG und dem AsylbLG

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan:			
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	197.498,8	+1.000,0	198.498,8
Produktabgeltung	197.498,8	+1.000,0	198.498,8

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Laut einer im Mai 2018 veröffentlichten Studie des Hessischen Flüchtlingsrates verfügten Gemeinschaftsunterkünfte in über der Hälfte der befragten hessischen Landkreise über keine flächendeckende Internetverbindung. In Zeiten von „Homeschooling“ unter Pandemiebedingungen bedeutete das für viele Kinder den faktischen Ausschluss vom Bildungsangebot. Auch Behörden, wie etwa Jobcenter, verwiesen auf Ihre Online Portale für Antragsstellung, viele Beratungsstellen boten nur noch Telefon- oder Online-Beratungen an. Für Geflüchtete Menschen, die z.T. dazu verpflichtet sind in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, war der mangelnde Internetanschluss in Ihren Unterkünften somit eine große Hürde im Bestreiten von essentiellen Alltagsanliegen.

Aber auch außerhalb pandemischer Verhältnisse ist eine flächendeckende Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften mit WLAN und Computerräumen notwendig, nicht zuletzt da dies den Bewohner*innen ermöglicht, Kontakt zum Heimatland aufrecht zu erhalten und um weitere psychischen Belastungen, die durch einen plötzlichen Bruch von Verwandten und Freunden aus dem Heimatort hervorgerufen werden können, zu minimieren. Außerdem ist das Internet auch im Ankunftsland ein wichtiges Kommunikationsmedium, welches beim Ankommen, beim Fußfassen und bei der weiteren Lebensplanung unentbehrlich ist. Das Land Hessen muss die Kommunen darin unterstützen alle Gemeinschaftsunterkünfte entsprechend auszustatten. Auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes muss WLAN für alle Bewohner*innen zur Verfügung stehen.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske